



SPD-Stadtratsfraktion Augsburg, Rathausplatz 2, 86150 Augsburg

Pressemitteilung

SPD-Fraktion fordert mehr Solidarität bei Flüchtlingsunterbring

In der Debatte um die zusätzliche Unterbringung von Geflüchteten im Stadtteil Lechhausen meldet sich die SPD Stadtratsfraktion zu Wort.

„Die Unterbringung von weiteren 250 geflüchteten Menschen in der Peripherie von Lechhausen halten wir für falsch“, so Dirk Wurm, stellvertretender Fraktionsvorsitzender. „Es ist schon bemerkenswert, dass wir als Stadt Augsburg zusätzliche Asylbewerber*innen unterbringen müssen, obwohl wir 30% über dem Königsteiner Schlüssel liegen, dem deutschlandweiten Verteilsystem für Asylsuchende,“ so Wurm weiter.

„Die jetzige Aufforderung, kurzfristig bis zu 308 Plätze für die Wintermonate zu schaffen, liegt auch daran, dass sich manche Landkreise nicht so solidarisch wie Augsburg verhalten. Hier sehe ich den Freistaat Bayern in der Pflicht. Man kann nicht einfach sagen, in meinem Ort geht das nicht und die Verantwortung auf die größeren Städte abschieben. Wir alle sind gefordert, die Asylsuchende ordnungsgemäß und menschenwürdig unterzubringen. Für Augsburg und das sieht man an den Plänen zur zentralen Unterbringung im Lechhauser Industriegebiet ist das nicht mehr möglich,“ kritisiert Wurm.

Stadträtin Sieglinde Wisniewski: „Wir haben uns schon 2015 dafür eingesetzt, dass die Menschen in dezentralen und nicht zu großen Unterkünften untergebracht werden. Dies ist uns auch in Augsburg gut gelungen. Es ging aber nur, weil auch die Landkreise bereit waren, Flüchtlinge unterzubringen. Dass jetzt in Lechhausen, im Gewerbegebiet, eine Leichtbauhalle und Container aufgestellt werden sollen, halte ich für insofern kritisch, da es sich um keine ordentliche Unterbringung von knapp 400 Geflüchteten handeln kann. In der Peripherie, in der es keine Infrastruktur, wie z.B. Beratungs- und Anlaufstellen gibt, keine sozialen Kontakte außerhalb der Unterkunft möglich sind, kann auch keine Integration stattfinden. Wie sollen die Menschen die Sprache lernen? Die Menschen werden in den beabsichtigten Unterkünften zusammengepfercht und alleine gelassen.“

„Wir fordern bei der Flüchtlingsunterbringung mehr Solidarität von den Landkreisen in Schwaben und nicht noch mehr kontraproduktive Unterbringungsmöglichkeiten, wie das Hotel am Güterverkehrszentrum (GVZ)“, betont Wisniewski abschließend.

F.d.R.
Michael Egger
Fraktionsgeschäftsführer